



An

Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft
Herrn Cem Özdemir
11055 Berlin

Berlin, 10.03.2022

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

der schreckliche Krieg in der Ukraine führt uns derzeit die globalen Abhängigkeiten auch in der Ernährungssicherung vor Augen: die ukrainischen und russischen Exporte insbesondere von Getreide können nach derzeitigen Einschätzungen zu einer überregionalen Hungerkrise führen. Zugleich offenbart diese Situation elementare Fehler in unserem Ernährungssystem. Derzeit werden unterschiedliche Lösungsansätze diskutiert, um eine noch größere Katastrophe in Form von Mangelernährung und Hungersnöten abzuwenden.

Wir bitten Sie daher eindringlich, sich während des deutschen G7-Vorsitzes und innerhalb des EU-Agrarministerrates für folgende Punkte einzusetzen:

- (1) Bei der Bewältigung der negativen Folgen der Ukraine-Krise für die globale Ernährungssicherung und Landwirtschaft muss unbedingt sichergestellt werden, dass die Maßnahmen die Biodiversitäts- und Klimakrise nicht verschärfen. Um eine langfristige Ernährungssicherung zu gewährleisten, muss der Klima- und Biodiversitätsschutz zwingend berücksichtigt werden, denn ohne stabile Agrarökosysteme sind unsere Ernten langfristig massiv gefährdet. Deutschland muss sich daher mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die EU-Mitgliedstaaten grundsätzlich an den Zielen der europäischen **Farm-to-Fork-Strategie** festhalten.
- (2) Etwa 60 % der deutschen Getreideproduktion erfolgt für die Herstellung von Futtermitteln. Es braucht unmittelbar wirksame Maßnahmen, die eine **Reduzierung der Nutztierhaltung** in Deutschland und Europa sowie ein verändertes Konsumverhalten befördern. Mit gezielten ökonomischen Anreizen können ein verändertes Konsumverhalten initiiert und Finanzmittel für den **Umbau der Tierhaltung** akquiriert werden. Die Bundesregierung muss jetzt ein kurzfristiges Programm aufsetzen, welches die dringend notwendigen Änderungen ermöglicht und die Landwirt:innen bei der Umsetzung unterstützt.
- (3) Die diskutierte Abschwächung oder Aussetzung der GAP-Anforderung von **ökologisch wertvollen Flächenanteilen** (z.B. GLÖZ 8 ab 2023) lehnen wir entschieden ab. Zum einen kann hiermit nur wenig Produktionsfläche aktiviert werden. Zudem würde dies lediglich auf Flächen geschehen, die in ihrer Produktivität überwiegend eingeschränkt sind. Zum anderen drohen dadurch erhebliche Auswirkungen auf die Erbringung von Ökosystemleistungen (z.B. Erosionsschutz, Wasser- und Kohlenstoffspeicher, Bestäubung sowie Schädlingskontrolle).

Die Ziele des **Europäischen Green Deal** bis 2030 dienen der langfristigen Produktivitäts- und damit auch der Ernährungssicherung. Seine Umsetzung darf nicht behindert, sondern muss schnellstmöglich vorangetrieben werden.

- (4) Ein hohes und vergleichsweise schnell zu aktivierendes Potenzial, zusätzliche Fläche für die Lebensmittelproduktion bereitzustellen, bietet die sofortige und ggf. temporäre Reduzierung von **Agrokraftstoffen**. Allein in Deutschland könnten hierdurch 800.000 ha freige-macht werden.
- (5) Aufgrund erhöhter Lebensmittelpreise kommt es im **World Food Programme** bei steigen-dem Bedarf zu erheblichen Versorgungslücken, die sofort durch eine ausreichende finan-zielle Unterstützung geschlossen werden müssen.

Mit freundlichen Grüßen



Olaf Bandt
Vorsitzender
Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland (BUND)



Kai Niebert
Präsident
Deutscher Naturschutzring (DNR)



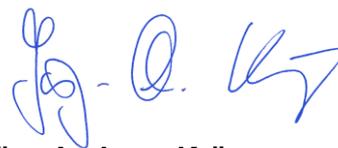
Sascha Müller-Kraenner
Bundesgeschäftsführer
Deutsche Umwelthilfe (DUH)



Christoph Bals
Politischer Geschäftsführer
Germanwatch e.V.



Martin Kaiser
Geschäftsführender Vorstand
Greenpeace



Jörg-Andreas Krüger
Präsident
Naturschutzbund Deutschland (NABU)



Christoph Heinrich
Vorstand Naturschutz
WWF Deutschland